

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

N i e d e r s c h r i f t Nr. 12/2021

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 8. Dezember 2021

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Festsaal in der Karlsburg

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 16

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Miersch

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Köster, OR Isele,
OR Dr. Wagner, OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz

SPD: OR Dr. Rausch, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: -

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Dr. Klingert, OR Oppelt, OR Yesil, OR Kehrle, OR Müller,
OR Wenzel

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Matthias Hoffmann (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Dueck (StaDu), Herr Rößler (StaDu),
Herr Laue (StaDu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 26. November 2021, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 3. Dezember 2021 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Festsaal der Karlsburg. Entschuldigt für die heutige Sitzung sei Frau Ortschaftsrätin Dr. Klingert, Frau Ortschaftsrätin Yesil, Herr Ortschaftsrat Kehrle, Frau Ortschaftsrätin Oppelt, Herr Ortschaftsrat Müller und Herr Ortschaftsrat Wenzel. Die drei letztgenannten seien derzeit noch im Gemeinderat in den Haushaltsberatungen aktiv. Es könne sein, dass diese später noch zur Sitzung dazustoßen, wobei die Sitzung nach aktuellem Stand noch etwas länger dauern werde.

Sie teilt vor Eintritt in die Tagesordnung mit, dass die Tagesordnungspunkte 1 und 10 jeweils in die Januar-Sitzung verschoben werden und für die heutige Sitzung abgesetzt sind.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2, Jahresbericht Jugend und Soziales**, auf. Es liege in gewohnter Manier ein umfänglicher Bericht über den Aufgabenbereich der Abteilung Jugend und Soziales im Stadtamt Durlach vor. Sie begrüßt hierzu den Abteilungsleiter Herrn Laue vom Stadtamt.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden. Leider würde sich sein Gerät noch updaten, sodass er den Bericht nicht vorliegen habe. An einer Stelle des Berichts gehe es um den Kinderschutz, wo es Kooperationen gebe. Er könne sich darin erinnern, dass dies schon beim letzten Bericht ein Thema gewesen sei und hier sei die konkrete Nachfrage, ob hier die Querverbindung ins Gesundheitssystem mittlerweile vollzogen sei, was die Kooperation angehe. Er habe letztes Mal angeregt, insbesondere den Kontakt mit den niedergelassenen Kinderärzten herzustellen, weil er denke, dass diese hier eine relativ zentrale Rolle spielen.

Die andere Frage sei, dass ihm bei der Aufstellung der in städtischer Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen aufgefallen sei, dass von den dortigen Gruppen es nur eine Gruppe gebe, die ab dem Alter von einem Jahr starte und alle anderen Gruppen dies nicht haben würden. Seine persönliche Erfahrung sei, dass im Umfeld eigentlich ganz viele junge Familien genau diesen Bedarf nachfragen würden und gewünscht werde, die Kinder schon mit einem Jahr in die Einrichtung zu bringen und wieder in den Beruf einzusteigen und er finde es erstaunlich, dass gerade der städtische Träger dies in relativ geringer Anzahl anbiete. Hier sei die Frage, ob dies daran liege, weil die anderen Träger dies in großer Zahl anbieten oder ob es andere Gründe gebe.

OR Isele (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den detaillierten Bericht. Er mache deutlich, wie vielschichtig und umfassend der Aufgabenbereich sei. Besonders wenn man bedenke, dass diese Aufgabenerfüllung in den Coronazeiten besonders schwierig sei, weil genau die Kontaktaufnahme mit den betreffenden Personen ganz wichtig sei für diese Arbeit. Sie habe noch weitere Fragen aus ihrer Fraktion. Es gehe auf Seite acht darum, dass es seit 2021 das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz gebe, dass den Kinderschutz insgesamt stärken solle und es werde geschrieben, dass die Vorgaben in vielen Bereichen schon der Reform entsprechen würden. Sie frage, in welchen Bereichen dies sei. Des Weiteren werde geschrieben, dass die weitere Umsetzung noch einige Zeit dauern werde und gegebenenfalls Anpassungen erfolgen werden. Hier sei die Frage, wie dies konkret ablaufen solle. Sie frage, ob es eine Planungsgruppe gebe, die hierzu die notwendigen Schritte erarbeite, um das, was noch zusätzlich notwendig sei, in die jetzt schon stattfindende Arbeit zu integrieren. Um noch einmal auf den Beitrag von Herrn Wagner zurückzukommen, hier sei besonders erwähnt, dass die Vernetzung in Bezug auf Jugendhilfe und Gesundheitswesen mit dem Familiengericht auch verstärkt werden solle im Sinne des Kinderschutzes.

Eine weitere Frage beziehe sich auf Seite zehn, Punkt 3.1. Hier würden Schwerpunkte von der Schulsozialarbeit aufgeführt werden. Hier habe der Fraktion ein Schwerpunkt gefehlt.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 2

Im Sinne des Kinderschutzes wolle man als Schwerpunkt, dass die Schulsozialarbeiter sich in den Schulen als Vertrauenspersonen zeigen und proaktiv auf Kinder und Jugendliche zugehen. Den Kindern solle nahe gebracht werden, dass die die Schulsozialarbeiter als Vertrauensperson einen Schutzraum bieten für Kinder, die Probleme haben, für Konflikte geschehen an der Schule, sodass hier ein Raum sei, wo Kinder sich anvertrauen können und dass Schulsozialarbeiter dies dort bekannt machen, dass Kinder dies als eine Möglichkeit wahrnehmen, wenn sie Unterstützung brauchen würden.

Herr Laue (StaDu) beginnt mit der Anfrage von Frau Isele in Bezug auf die Schulsozialarbeiter. Bezüglich der Schulsozialarbeit habe man die Grundlagen, die drei Säulen im Bericht aufgeführt und selbstverständlich würden die Schulsozialarbeiter auch Schutzräume anbieten. Es sei auch so, dass die Schulsozialarbeiter durch ihre Projekte und ihre Anwesenheit an der Schule einen guten Bezug zu den Kindern haben und die Kinder würden sich auch den Schulsozialarbeitern anvertrauen, gerade im sensiblen Bereich der Kindeswohlgefährdung. Man habe auch ein bestimmtes Ablaufschema, sodass gewährleistet werde, dass das Kind nicht alleingelassen werde und wie man wisse, sei dies ein Prozess. Die Kinder würden Zeit brauchen, bis sie sich an die Schulsozialarbeiter wenden, dieser Fall komme sehr oft vor. Insofern habe man es bei den weiteren Ausführungen auch aufgeschrieben, dass die Schulsozialarbeiter gerade in den schwierigen Zeiten sehr gefragt gewesen und flächendeckend in diese Angelegenheiten sehr stark involviert seien. Hier würde man auch einen sehr guten Job machen. Dies sei gesichert. Es stehe aber nicht in den originären Aufgaben der Schulsozialarbeiter explizit drin, so wie sie in der Stadt Karlsruhe implementiert seien. Aber es sei eines der Aufgabengebiete.

Dann komme er zur zweiten Frage in Bezug auf das Jugend- und Kinderhilfestärkegesetz. Hier gebe es eine Planungsgruppe, diese befinde sich in der Fachbehörde, der SJB. Hier sei man mit den unterschiedlichsten Bereichen, vor allem aber auch im sozialen Dienst in den Arbeitsgruppen drin, um zu überlegen, wie man dies im praktischen Bereich umsetzen könne. Ein Anspruch der Kinder sei auch, dass die Kinder ein Mitspracherecht haben. Dies solle auch bei Jugendhilfemaßnahme deutlich verstärkt werden, dass durch Partizipation ein Großteil der Entwicklung auch mitbestimmt werde und so gebe es Planungsgruppen, wie man dies bei Hilfeplangesprächen und auch bei anderen Situationen umsetzen können.

Zu den Kindertageseinrichtungen in städtischer Hand mit dem Angebot erst ab 3 Jahren sagt er aus, dass es richtig sei, dass die städtischen Kindertageseinrichtungen dieses Konzept nicht so häufig anbieten würden, wie viele andere Träger. Man habe insgesamt in der Stadt Karlsruhe über 40 verschiedene Träger, die auf dem Gebiet der Kindertageseinrichtungen aktiv seien. Hier gebe es ein sehr breites Angebot, sodass dies erstmal davon abgedeckt werde. Mittlerweile sei es aber auch so, dass man versuche, mehr städtische Einrichtungen zu bekommen, um dann dieses Angebot zu komplementieren können.

Zum Kinderschutz und der Zusammenarbeit mit Ärzten könne er sagen, dass man dieses Thema schonmal im Ortschaftsrat gehabt habe. Im Moment sei es so, dass man mit den

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 3

Ärzten zusammenarbeite. Ärzte seien manchmal auch diejenigen, bei denen das Thema aufkomme, weil Verletzungen bei Kindern vorliegen, wo die Ärzte sagen, dies könne jetzt nicht so sein, wie es das Elternteil schildere. Dann bekomme man automatisch eine Information. Es passiere häufig und es werde im üblichen Sinne bearbeitet. Die von Herr Wagner angesprochene enge Kooperation mit niedergelassenen Ärzten in Durlach im Sinne eines Arbeitskreises, indem man sich regelmäßig treffe, habe noch nicht seinen Niederschlag gefunden. Es sei aber sicherlich eine Anregung, die man mitnehme und wo man weiter vorgehen könne um zu schauen, ob man dies installieren könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) findet es wichtig, dass die Kinderärzte sehr sensibilisiert sind und das Thema bei diesen auch klar im Fokus sei. Und hier sei die Schnittstelle wichtig, dass die Kinderärzte, wenn sie was feststellen, auch sofort wissen, an wen sie sich wenden können. Und diese Schnittstelle funktioniere hier in Durlach sehr gut. Dies sei auch das entscheidende, dass dies im Fall der Fälle schnell und frühzeitig zum richtigen Kontakt komme.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass es das Gesetz sogar vorsehe, dass wenn man einen Verdacht habe, dass man sich beratend an das Jugendamt wende. Aber oftmals seien es Situationen, wo auch eine gewisse Unsicherheit bestehe. Es sei auch immer eine Hürde, sich an das Amt mit so einer Fragestellung zu wenden und die Schwelle, sich an jemanden zu wenden, sinke gewaltig, wenn man ihn kenne. Deshalb sei es gut, sich kennen zu lernen und über diese Austauschmöglichkeiten zu sprechen und zu sagen, wenn man uns anruft, heiße es nicht, dass am nächsten Tag das Jugendamt bei der Familie vor der Tür stehe, sondern man berate erst einmal über die Möglichkeiten und Vorgehensweisen, die es gebe. Ob man hier einen regelmäßigen Arbeitskreis brauche, wisse er nicht. Von daher sei die Vernetzung auch vorgesehen und er würde empfehlen, dass man hier den Schritt gehe und die Kontaktaufnahme vereinfache.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man dürfe davon ausgehen, Durlach sei eine Art Dorf und in Durlach kenne man sich und in Durlach kenne auch fast jeder Herrn Laue. Sie glaube, dass dies auch der Vorteil sei, von diesem Mikrokosmos in Durlach, dass hier die Hürden grundsätzlich geringer seien, als sonst.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Man sehe dem Bericht an, dass Corona geschuldet ganz viel Arbeit vorherrsche. Es könne auch nicht alles so bewältigt werden, könne man in den Zwischenzeilen lesen. Ihr falle auf, dass sehr viel digital gemacht werde. Dies sei einerseits sehr gut, aber die Beziehungsqualität sei nicht gegeben, was gerade in diesem Bereich, im Schutzbereich oder überhaupt allgemein im Hilfebereich, ein großes Manko darstelle. Es werde einen über diese harte Zeit nachverfolgen und wahrscheinlich noch mehr Ressourcen brauchen. Wenn sie sehe, was hier an Arbeit geleistet werde, könne sie nur ein Kompliment machen, bei der bestehenden Anzahl an Mitarbeitern.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 4

Die Ansprechpartnergeschichte sei schon besprochen worden. Auf Seite sieben sei die ehemalige Paracelsusklinik erwähnt, dass hier eine schnelle und weitere Möglichkeit gegeben werde für eine Großtagespflege. Im Nachsatz sei zu verstehen, dass eine weitere Kindereinrichtung vorgesehen sei, wo eine schnelle Umsetzung möglich sei. Sie fragt, ob sie das richtig verstanden habe. Denn die Bergwaldstraße komme nicht schnell zur Umsetzung in der Bebauung. Sie fragt, ob mit Großtagespflege auch allgemein die Pflege für Ältere zu verstehen sei. Sie bedankt sich bei allen im Amt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man in der Paracelsusklinik eventuell die Möglichkeit habe, eine Kita mit bis zu vier Gruppen unterzubringen. Dies sei der Wunsch des Stadtamtes. Idealerweise in städtischer Regie und oder eine Großtagespflege für Tagesmütter.

Herr Laue (StaDu) antwortet, dass die Großtagespflege im Vergleich zur Normaltagespflege die Möglichkeit habe, noch ein oder zwei Kinder mehr aufzunehmen. Insgesamt bis zu neun. Es sei wichtig, dass man das Thema Großtagespflege nicht aus den Augen verliere, weil es viele Eltern gebe, die sich neben dem Regelkindergarten auch so eine Form der Betreuung wünschen, im kleineren familiären Rahmen. Das Grundprinzip, welches man auch bei der Paraklinik verfolge sei, dass es gelinge, die bestehende Lücke zwischen Bedarf und vorhandenen Plätzen kleiner werden zu lassen und nach Möglichkeit ein Wahlrecht anzubieten, ob das Kind in einen Regelkindergarten oder eine Großtagespflege komme. Hier Plätze zu schaffen, sei einer der Aufträge wo man dran sei und wo es gute Aussichten gebe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, man würde sich freuen, im Eingangsbereich im Erdgeschoss in der Paracelsusklinik eine Betreuungsmöglichkeit für Kinder zu schaffen.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden. Seine Frage beziehe sich auf die Zusammenarbeit mit der übergeordneten SJB der Stadtverwaltung Karlsruhe. Man schreibe zwar im Bericht, dass diese sehr gut sei, aber hier gebe es sicherlich auch Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Vorstellungen. Hier würde ihn interessieren, ob die Karlsruher alles bestimmen, was das Stadtamt dann machen müsse oder ob man sich auch mal durchsetzen könne und wie das Verhältnis in Wirklichkeit sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass mit der Direktion der Sozial- und Jugendbehörde, Karina Langeneckert, die Kooperation sehr intensiv und respektvoll sei. Frau Langeneckert komme regelmäßig nach Durlach und treffe sich mit ihr und Herrn Laue zum regelmäßigem Jour fixe. Hier werde auf Augenhöhe gesprochen und diskutiert. Die Zusammenarbeit sei vor vielen Jahren nicht so gut gewesen. Diese habe

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 5

sich aber sehr stark verbessert und aus ihrer Sicht könne sie sagen, sie sei noch nie so gut gewesen wie heute. In Einzelfällen gebe es auch mal einen Durlacher Weg, der dann auch richtig und wichtig sei, hier kenne man Herrn Laue, dass er sich hier entsprechend durchsetzen könne. Ihr Eindruck sei, man spreche, man diskutiere und man arbeite auf Augenhöhe miteinander. Hier könne sie nichts Negatives sagen.

Herr Laue (StaDu) könne sich dem anschließen. Es sei so, dass die Fachbehörde in bestimmten Bereichen auch Standards vorgebe. Aber bei der Erarbeitung der Standards sei man dabei und man habe natürlich auch durch die Konstellation die Möglichkeit zu sagen, dass man an der ein oder anderen Stelle auch etwas anders mache. Ein klassisches Beispiel sei das Thema Eingliederungshilfe. Dies habe man ausgekoppelt und eine zentrale Stelle für Kinder eingerichtet. Einmal bekomme man hier Leistungen aus SGB XII und das andere Mal aus der Jugendhilfe. Und hier habe man sinnigerweise eine Zusammenfassung gemacht, was in der SJB nicht so sei. Dieses Modell werde auch sehr gelobt innerhalb der Stadt Karlsruhe. Bei der Umsetzung während der Pandemie habe man mit den Schulsozialarbeitern Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern gesucht. Hier habe es weniger Applaus gegeben aber hier habe man einen Durlacher Weg durchgesetzt und dies passiere auch immer in Abstimmung mit Frau Ries. Insofern könne er sagen, dass er dem beipflichten könne, dass die Zusammenarbeit deutlich besser geworden sei. Es gebe noch ein paar Stolpersteine, aber hier sei man dran und dies werde man gemeinsam besprechen. Es sei deutlich entspannter als früher.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Sie stolpere immer über die wirtschaftliche Jugendhilfe und die Kostenbeteiligung. Im Sinne des SGB VIII in der Neuformulierung seien die Kosten, was die Familie oder der Jugendliche behalten dürfe, von 75 % auf 25 % gesenkt worden und trotzdem stoße ihr immer das heranzuziehende Monatseinkommen auf, weil Paragraph 93 SGB VIII hier tatsächlich etwas anderes formuliere. Ihr sei nicht erklärbar, warum Paragraph 93 SGB VIII formuliere, dass das im Vorjahr verdiente Monatseinkommen im Durchschnitt heranzuziehen sei und hier jetzt stehe, dass das, was er ab dem Monat wo er es verdiene, heranzuziehen sei. Hier wolle sie um Erläuterung bitten

Herr Laue (StaDu) antwortet, so wie man wisse sei es bei Jugendlichen so, dass von Jugendlichen, die in Ausbildung Geld verdienen, ein Kostenbeitrag erhoben werde. Dieser sei gesenkt worden, aber es sei immer noch nicht so, dass man sage, es sei zufriedenstellend, weil ein Jugendlicher, der in einem betreuten Wohnen lebe und einen Kostenbeitrag bezahlen müsse, von seinem Ausbildungsgeld relativ wenig sehe. Es sei eine hohe Hürde, Jugendliche dazu zu bewegen, in Jugendhilfe zu gehen. Den genauen Hintergrund müsse er noch mal nachreichen. Er sei froh, dass dies deutlich gemindert wurde, weil dies ein schlagendes Argument sei, warum man es trotzdem noch in gewisser Weise habe.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht Jugend und Soziales

Blatt 6

Man sage auch, dass das Subsidiaritätsprinzip Vorrang habe, dies sei fest verankert. Hier gehe es nur um Prozente, er glaube, dass es nicht auszusetzen sei. Wer Leistung bekomme, müsse vorher auch nachweisen, dass er sie nicht selber erbringen könne. Bei einem kleinen Teil von Jugendlichen im betreuten Wohnen oder in Jugendhilfe werde er erhoben. Er gehe aber mit ihr konform, dass er froh sei, dass dieser Kostenbeitrag deutlich reduziert wurde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich bei Herrn Laue für den schriftlichen Bericht. Es sei eine wichtige Abteilung und Institution hier in Durlach für alle Altersgruppen und Bürgerinnen und Bürger.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Jahresbericht HGW Stadtamt Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Jahresbericht HGW Stadtamt Durlach**, auf. Sie begrüßt hierzu Herrn Dueck. Auch hier liege der Bericht in schriftlicher Form vor. Sie hoffe, dass man die Berichte im nächsten Jahr mit entsprechenden Vorträgen durchführen könne. Coronabedingt mache man es dieses Jahr nochmal anders.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) hat eine kurze Frage an Herrn Dueck. Er fragt, ab wann die Vereine Zimmer im Torwärterhaus mieten können. Er fragt, ob man hier loslegen könne.

Herr Dueck (StaDu) begrüßt die Anwesenden. Die Ochsentorstraße 32 sei seit Mitte November fertiggestellt und bezugsfertig.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ergänzt, dass Vermieter nicht Herr Dueck sei, sondern Herr Laue als Vorsitzender vom Durlacher selbst e.V. Er könne sich auch an Herr Rößler wenden.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat drei Fragen. Die erste Frage betreffe die Finanzmittel. Wenn man auf die Übersicht schaue, sei hier einiges nicht verbraucht. Er fragt, ob dies im nächsten Jahr zur Verfügung stehe.

Im Nachgang zur letzten Sitzung sei im Gespräch gewesen, dass auch das Markgrafengymnasium eine neue Heizung mit Pellets bekommen solle. Hier hätte er gerne weitere Informationen, denn er sehe das Projekt auch für das nächste Jahr nicht in der Planung. Als drittes habe er eine Frage zur Festhalle Durlach. Er fragt, was hier im Argen gelegen habe, dass man hier von einer provisorischen Inbetriebnahme spreche. Offensichtlich sei in der Festhalle für nächstes Jahr nichts geplant, sodass sie zunächst so wie sie sei, weiter betrieben werden könne. Er fragt ob dies korrekt sei.

Herr Dueck (StaDu) beginnt mit der Festhalle. Diese sei sowieso provisorisch hergerichtet, dass man sie wieder mit bis zu 500 Personen nutzen könne. Alles Weitere sei noch in der Machbarkeitsstudie und hier könne man noch nichts dazu sagen, was in weiter Zukunft passiere. Insofern könne man sie erstmal nutzen, wie man es für die Vereine brauche.

Zum Markgrafengymnasium könne er sagen, dass das Projekt Heizung nicht bei ihm liege. Hier könne er nicht viel sagen. Es laufe und es werde gemacht, aber es sei bei HGW und er begleite es nur, wenn bauliche Maßnahmen zusätzlich kommen würden. Bei den Finanzen gehe es nur um die laufenden Kosten für dieses Jahr. D. h. die Kosten, die man bei einmaligen Bauunterhaltsmaßnahmen sehe, seien nur die Gelder, die man für Rechnungen aufgebraucht habe. Das Gesamtvolumen sei ein anderes, dies stehe noch einmal darunter. Dies sei das, was man für diese Projekte zur Verfügung habe. Die Bauunterhaltsmaßnahmen seien 1,5 Millionen für dieses Jahr gewesen und zu dem Zeitpunkt, als

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Jahresbericht HGW Stadtamt Durlach

Blatt 2

man den Jahresbericht geschrieben habe, habe man 1,3 Millionen ausgegeben, man könne aber davon ausgehen, dass man immer leicht darüber komme. D. h. man habe noch immer viele gebundene Mittel, die noch nicht bezahlt seien und man werde auf jeden Fall die 1,5 Millionen übersteigen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ergänzt, dass die Frage nach der Heizung trotzdem interessant für das Gremium sei, bevor man vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Man wisse, wie kritisch die Pellets-Diskussion in der letzten Sitzung gewesen sei. Vielleicht stelle man dies rechtzeitigem im Bauausschuss vor. Vielleicht könne man dies den Kollegen in der HGW weitergeben.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) fragt, dass unter Punkt neun verschiedene Maßnahmen zu Messie Wohnungen zu sehen seien, vorher und nachher. Er fragt sich, ob dies städtische Wohnungen oder private Wohnungen seien.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies sei einfach zu beantworten. Um private Messie Wohnungen kümmere sich Herr Dueck nicht. Es seien städtische gewesen. Man habe noch einige Wohnungen im Altstadtbereich. Eine Liste könne man auch gerne noch einmal zusammenstellen.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass im späteren Verlauf des Abends noch die Geschichte mit der Sporthalle an der Oberwaldschule Aue komme. Sie fragt, ob hier das Amt irgendwie involviert sei. Sie fragt, ob man beim Stadtamt rechtzeitig Wünsche und Bedarfe anmelden könne.

Herr Dueck (StaDu) antwortet, dass man hier nicht mit eingebunden sei, aber man habe dies alles angestoßen, dass die Oberwaldschule an sich grundsaniert werde und gleichzeitig der Abbruch der Turnhalle geplant sei und auch ein Neubau entstehen solle.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Dueck und bei seinem Team.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 4: Satzung über das Ausstellen eines Bewohnerparkausweises
(Bewohnerparkausweisgebührensatzung)**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Satzung über das Ausstellen eines Bewohnerparkausweises (Bewohnerparkausweisgebührensatzung)**, auf. Hier müsse man einen Beschluss fassen.

OR Bruker (AfD) begrüßt die Anwesenden. Bei diesem Punkt gehe es um die Anwohnerparkausweise, von denen zurzeit über 6.000 in Karlsruhe von Karlsruher Bürgern genutzt werden und jährlich neue zugestellt bekommen. Es solle durch eine Gesetzesänderung die Gebühren in die Hand der Kommune gelegt werden. Es solle nun eine Satzung verabschiedet werden, bei der folgender Kernpunkt zum Tragen komme. Bisher koste ein Anwohnerparkausweis seit einigen Jahren ca. 31 € im Jahr. Nun solle eine Satzung verabschiedet werden, wo die Karlsruher Verwaltung diesen Jahresbeitrag innerhalb von zwei Jahren auf 360 € erhöhen wolle. Also von 31 € auf 360 €. Dies sei ein Faktor von fast zwölf. In Prozenten ausgedrückt, sei dies eine prozentuale Erhöhung von über 1.000 %. Dies halte er für völlig maßlos und fast schon unverschämt. Dem könne er natürlich nicht zustimmen. Er finde es ungerecht, wenn jemand in der Amthausstraße wohne. Es gehe auch um ganz Karlsruhe, z.B. die Sophienstraße, die Humboldtstraße und die Waldmannstraße. Wer sich dort entschieden habe, dort zu wohnen, gehe davon aus, dass er so und so viel für diese Parkmöglichkeit bezahlen müsse. Die besser begüterten würden sich sowieso eine Tiefgarage mieten oder am Geigersberg wohnen, wo das Problem gar nicht bestehe, wo keine Parkanwohnerausweise ausgegeben werden. Er finde es höchst ungerecht, dass man die Leute, die beispielsweise in der Amthausstraße wohnen, auf einen Schlag derart schröpfen möchte. Dies sei schon ausbeuten. Es tue ihm leid, wenn er solche Wörter hier wähle aber er habe sich auch juristisch etwas informiert, im Zivilrecht und im Strafrecht gebe es den Tatbestand des Wuchers und dieser sei hier seines Erachtens, obwohl er kein Jurist sei, schon fast erfüllt. Er werde natürlich gegen so eine Maßnahme stimmen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man hier nicht im Zivilrecht und nicht im Strafrecht sei, sondern im Verwaltungsrecht.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) dankt der Verwaltung für diesen Vorschlag. Die Fraktion begrüße den Vorschlag, auch in den Details. Seine Fraktion habe positiv wahrgenommen, dass die Verwaltung sich an der aktuellen Studienlage orientiert habe und dass die aktuelle Fachmeinung berücksichtigt worden sei. Die Fraktion sei sich sicher, dass diese Satzungsänderung ein wichtiges Instrument zur gerechten Aufteilung dieses knappen öffentlichen Raums sei, den man innerstädtisch habe. Man sei sich auch sicher, dass die Fachleute Recht haben, dass diese Maßnahme eine steuernde Wirkung im Sinne dieser Änderung auch erfülle. Man bitte zu berücksichtigen, dass mögliches Ausweichverhalten, insbesondere an den Grenzen von Bewohnerparkbereichen durch die städtischen Stellen im Blick behalten werden, sodass man gegebenenfalls andere Bereiche, die einen höheren

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Satzung über das Ausstellen eines Bewohnerparkausweises
(Bewohnerparkausweisgebührensatzung)**

Blatt 2

Parkdruck erfahren, entlasten könne. Der Fraktion sei auch wichtig, dass man an dieser Stelle betone, dass dies natürlich nur ein kleines Puzzleteil für ein ganzheitliches Konzept zur Steuerung des ruhenden Verkehrs sei. Aber es sei ein guter erster Aufschlag und Karlsruhe müsse, sofern man dies so verabschiede, sich vor anderen Städten, in denen solche Beschlüsse jetzt in den letzten Wochen gefasst worden seien, nicht verstecken.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) sagt für seine Fraktion aus, dass es klar sei, dass ein Betrag von knapp 31 € im Jahr völlig aus der Zeit gefallen sei. Dies müsse man ganz ehrlich sagen, dies sei zu wenig. Was sich die Fraktion gewünscht habe, sei eine moderatere Anhebung dieser Parkausweisgebühren. Man könne sich hier einen Betrag vorstellen, um die 100 € und er teile die Befürchtungen und er warne davor, dass es tatsächlich Leute gebe, die sich dies tatsächlich dann nicht mehr leisten können, einen Parkausweis zu besorgen und die dann tatsächlich in den öffentlichen Parkraum abwandern und an anderer Stelle gebe es dann einen Parkdruck. Er sehe, dass Herr Ruf und die Grünen-Fraktion die gleichen Bedenken haben und er denke eine moderate Erhöhung sei für jeden nachvollziehbar, aber in dieser Größenordnung fehle ihm jegliches Verständnis. Dies sei einfach zu viel. Er wolle nicht sagen „Wucher“, aber er und seine Fraktion finde es schon heftig.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) möchte vorausschicken, dass er es interessant finde, dass diese Anhörung von der Verwaltung in der Stadt zunächst übersehen worden sei und dass man dann doch gesehen habe, dass es in Durlach vielleicht jemand gebe, der eine Meinung dazu habe und er sei froh, dass man heute seine Meinung äußern dürfe. Was er nicht schön finde sei, dass heute gleichzeitig Gremiensitzung des Gemeinderates sei. Man habe einige Mitglieder, die nicht da seien, deren Meinung er sehr schätze und die er auch gerne heute Abend gehört hätte. Man habe beispielsweise die Situation, dass die Fraktion der Freien Wähler heute Abend gar nicht vertreten sein können. Er wolle einige Fakten festhalten, auch für die Öffentlichkeit. Man habe hier eine reine Erhöhung auf der Einnahmenseite, ohne jegliche weitere Gegenleistung. Man habe eine Verzehnfachung oder vielleicht Verzwölfwachung der Gebühren für die betroffenen Bürger. Es werde immer gerne das lenkende Instrument und der Klimaschutz für solche Maßnahmen angeführt. Er könne hier keinerlei ökologische Steuerwirkung erkennen, denn es werde sowohl die Mobilität mit dem Verbrennungsmotor mit der Elektromobilität gleichgestellt. Hier sei keine Steuerungswirkung in Hinblick auf CO₂-freundliche individuelle Mobilität zu erkennen, sondern es sei politisch gewollt, pauschal das Automobil dort drastisch zu verteuern. Die Argumentation, dass die Anwohner hier öffentlichen Raum nutzen und dafür etwas bezahlen sollen und ihren Beitrag leisten, sei auch falsch gegriffen. Denn jeder Hausbesitzer, der sich hier eine Immobilie zugelegt habe, habe Erschließungskosten für den Anschluss an den öffentlichen Raum bezahlt. Jeder Mieter zahle dort über seine Nebenkosten Grundsteuer. Dies seien alles Kosten, die auch die Anbindung und Nutzung des

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Satzung über das Ausstellen eines Bewohnerparkausweises
(Bewohnerparkausweisgebührensatzung)**

Blatt 3

öffentlichen Raumes miteinschließen würden und nebenbei werde die Grundsteuer auch erhöht. Er fragt, was die Alternativen für das Auto für diese Bewohner seien. Er fragt, wie die Intensivkrankenschwester, die im Altstadtring wohne, zum Nachtdienst in das städtische Klinikum komme. Mit dem ÖPNV sicherlich nicht. Einer der ersten Anträge, die er in diesem Gremium gestellt habe seien die Nightliner gewesen und dies sei aus Kostengründen abgelehnt worden. Er fragt, wie jemand, der nachts arbeitet, ohne Auto an seinen Arbeitsplatz komme. Er fragt, wie der Chemiewerker, der in der Altstadt wohne, zur 20 Kilometer entfernten Raffinerie komme. Sicherlich mit dem Fahrrad.

Er habe das Gefühl, dass hier eine Lebenswirklichkeit, die einige in diesem Gremium und im Gemeinderat für sich selbst entschieden haben, versucht werde den anderen über zu stülpen. Aber dies passe nicht. Es passe vor allem so lange nicht, solange man keine brauchbaren Alternativen habe. Er sei auch der Meinung wie die Kollegen von der Union, dass man über die Höhe der Gebühren nachdenken könne, aber sicherlich nicht um den Faktor zehn oder zwölf. Es werde auch nicht funktionieren und er begrüße es, dass die Fraktion der Grünen auch erkannt haben, dass es die Zahl der Fahrzeuge in diesem Bereich nicht reduziere, sondern die Menschen werden ausweichen, vom Altstadtring Richtung Raumfabrik. Man werde eine Verlagerung der Problematik haben, weil man auch keine Alternativen habe. Er fragt, wo die Quartiersgaragen seien. Er habe versucht, in der Quartiergarage in der Amalienbadstraße einen Parkplatz als Dauermieter anzumieten. Es seien Wartelisten, die würden über ein Jahr gehen. Es sei nichts zu bekommen in der Quartiergarage. Man habe in der FDP seit Jahren vorgeschlagen, dass man ein Parkhaus bekomme auf dem Bereich neben der Festhalle. Nun gebe es erste Bewegungen in diese Richtung. Ein privater Investor habe hier Interesse signalisiert. Auch dies werde ideologisch von einigen Mitgliedern dieses Hauses schon gleich infrage gestellt und abgelehnt. Es werde versucht, die eigene Lebensführung privilegierter Großstädter der Gesamtbevölkerung über zu stülpen, ohne dass es überhaupt Alternativen gebe und dem werde man nicht zustimmen und deswegen werde man dies heute Abend ablehnen.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt aus, dass seine Fraktion zustimmen werde, aber eher aus pragmatischen Überlegungen. Es sei eine gesamtstädtische Satzung und man solle sich nicht der Illusion hingeben, dass man den normalen Geschäftsgang im Gemeinderat aufhalten könne. Er wolle auch davor warnen, dieses Thema zu ideologisieren, egal in welche Richtung. Es sei hier etwas, was dem städtischen Haushalt Einnahmen bringe. Und damit sei es eine finanzpolitische Maßnahme. Es sei keine Maßnahme, zur Steuerung des Verkehrs. Darüber sollte sich jeder im Klaren sein und wenn die Entscheidung im Gemeinderat darüber getroffen werden müsse, dann sei es aus seiner Sicht sehr wünschenswert, wenn man sich über Härtefallregelungen und über Ausnahmetatbestände Gedanken machen würde. Es sei so, dass man nicht darauf bestehen solle, zu sagen, indem man sämtliche Parkplätze in Durlach wegnehme, löse man das Verkehrsproblem. Dies werde nicht möglich sein. Und deswegen seien hier intelligente Lösungen gefragt, die man

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 4: Satzung über das Ausstellen eines Bewohnerparkausweises
(Bewohnerparkausweisgebührensatzung)**

Blatt 4

vorurteilsfrei prüfen müsse und dazu gehöre auch, dass denjenigen, die aus welchen Gründen auch immer diesen Anwohnerparkausweis nicht nutzen können, auch wegen dem Preis, dass man sich planerisch darüber Gedanken mache, wo stattdessen dieses Auto hinkomme. Die Ursache an dieser gesamten Problematik liege daran, dass es viel mehr Fahrzeuge gebe, als früher und dass diese Regelung in der Landesbauordnung, dass man für jede Wohnung einen Stellplatz schaffen müsse, eben noch nicht solange existiere, wie die Häuser dort stehen. Zum anderen würden auch Befreiungsregeln dazu geführt haben. Wenn heute jemand ein Haus baue und in 500 Meter Sichtweite eine Haltestelle sehe, dann reklamiere er, dass er dafür keinen Stellplatz schaffen müsse. Solche Dinge müsse man auch bei Baugenehmigungen berücksichtigen. Es sei eine Illusion zu glauben, die Fahrzeuge allein durch Verbote aus dem Zentrum oder wo auch immer raushalten zu können und deshalb sei dieses Problem zu vielschichtig, als dass man hier irgendeine ideologische Diskussion aufmachen sollte. Trotz alledem, die Zustimmung bleibe.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, dass es bei der Einführung von diesen Parkkosten für die Bewohnerparkausweise nicht um eine Erhöhung von bestehenden Parkgebühren gehe, sondern über die erstmalige Einführung von Gebühren, die über dem Verwaltungskostenbeitrag hinausgehen. Natürlich werde es mit Sicherheit eine steuernde Wirkung haben. Sie wolle sich hier Herrn Ruf anschließen, dass man an dieser Stelle auf jeden Fall die Wirkung auf das Parkverhalten beobachten müsse, denn es werde sich am Parkverhalten mit Sicherheit etwas ändern. Was sie natürlich interessiere sei, was mit den Einnahmen passiere. Herr Noé habe schon einige kreative Vorschläge genannt, was man mit dem Geld machen könne. Zum Beispiel Parkhäuser bauen und die öffentliche Parkinfrastruktur zu verbessern. Was sie interessiere sei, was die Bürger und Bürgerinnen für das Geld, was sie ausgeben, von der Stadt bekommen.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, wenn man durch diesen hohen Betrag tatsächlich einen Parkplatz bekommen würde, dann würden bestimmt viele zustimmen. Aber es sei nicht so, denn Altstadtanwohner seien schon häufig zu ihm gekommen und gesagt haben, dass sie einen Anwohnerparkschein haben würden, aber sie würden keinen Parkplatz finden und sie würden zehnmal im Kreis herumfahren. D. h. die gesamte hohe Summe sei unsinnig.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest, sodass man zur Abstimmung komme. Sie ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen:	10
Enthaltungen:	0
Nein-Stimmen:	6

Mehrheitlich zugestimmt.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 5: Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und
Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5 Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)**, auf. Sie stellt hierzu keine weiteren Anmerkungen fest und ruft zur Abstimmung auf.

Ja-Stimmen:	16
Enthaltungen:	0
Nein-Stimmen:	0

Einstimmig zugestimmt.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 6: Dritte befristete Verlängerung der Erweiterung der Nutzung von
Außenbestuhlungsflächen (u.a. Heizstrahler)**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Dritte befristete Verlängerung der Erweiterung der Nutzung von Außenbestuhlungsflächen (u.a. Heizstrahler)**, auf. Diese sei in der Offenlage angehalten worden, sodass man dies nun hier in öffentlicher Sitzung habe.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sei eine Sache aufgefallen. Unter den ergänzenden Erläuterungen werde Bezugnehmend unter Punkt 3 angemerkt, dass handelsübliche Zelte als sogenannte fliegende Bauten behandelt werden. Sofern diese Anlagen für mehr als sechs Monate aufgestellt werden, gewachsen sie in eine baurechtliche Genehmigungspflicht hinein. Nun habe man hier am Schlossplatz so ein Dauerzelt und seine Fraktion würde interessieren, ob diese baurechtliche Genehmigung tatsächlich in den letzten Monaten vorliegen würde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dies werde man nachfragen.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, dass man im ersten Teil des Beschlussantrages auch über Mühlburg beschließe. Sie fragt, ob dies richtig und gewollt sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man nur über Durlach abstimmen müsse.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) gehört zu denen, die es mit angehalten haben und er wolle sagen, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen könne, weil er ein Problem damit habe, angesichts all der Klimadiskussionen, zu beschließen, dass man Heizpilze, die die Gestaltungssatzung nicht vorsehe, jetzt zulasse. Dies sei etwas, was ihm widerstrebe. Die Realität, die er sehe, sei, dass es gar nicht in großer Zahl Anwendung finde. Nichtsdestotrotz beschließe man es mit dem Beschluss und dies bekomme er angesichts der Klimadiskussion nicht über das Herz. Deshalb werde er hier ablehnen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) findet es schön, dass mit offenem Visier gegangen werde und Herr Wagner das Thema in öffentlicher Sitzung anspreche mit den Heizpilzen. Er könne hier ehrlich gesagt nur verwundert sein. Man schaue, wie es der Gastronomie gehe. Die Lage sei seit Versand der Tagesordnung noch schlimmer geworden in der Gastronomie, durch dieses Chaos in der Verordnung und der Entscheidung in Stuttgart. Zuerst 2G plus, dann zurückgenommen und jetzt liege die Gastronomie am Boden und greife nach jedem Strohalm. Er verwunderte sich, wie man Heizpilze jetzt als Argument anführen könne, hier eine Duldung zu machen, wobei es geschrieben werde, dass es zumeist nicht um gasbetriebenen Pilzen gehe, sondern um elektrische Heizpilze. Er sei irritiert darüber, wie man dieses Thema vorschieben könne und der Gastronomie den letzten Strohalm wegnehmen könne.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 6: Dritte befristete Verlängerung der Erweiterung der Nutzung von
Außenbestuhlungsflächen (u.a. Heizstrahler)**

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass Herr Dr. Wagner nur die persönliche Abstimmungsentscheidungen erklärt habe. Und dies solle ihm gelassen sein.

OR Frey (Die Linke) möchte darauf noch kurz eingehen. Die Einschränkungen, über die man spreche, seien nur durch die Gestaltungssatzung Durlach entstanden. Dies sei keine ökologische Satzung und dies unterscheide die Altstadt Durlach vom Rest von Karlsruhe. Man entscheide schon das dritte Mal darüber, weil die Pandemie entsprechend lang anhalte und es gehe an dieser Stelle um eine Angleichung der Altstadt Durlach an den Rest vom Stadtgebiet. Allein aus diesem Grund, obwohl sie auch Bauchweh bei den Heizpilzen in der Altstadt habe, werde sie für die erweiterte Aussetzung stimmen, weil die Gastronomie diese Unterstützung im Augenblick einfach brauche. Die Klimakrise, welche auch ein Stück weit mit der Corona-Krise zusammenhänge, werde einen noch lange begleiten und mit einem maßvollen Einsatz und der Tatsache, dass die Heizpilze, die hier eingesetzt werden, keine Gasheizpilze sein können, sondern immerhin die entsprechend sparsamen Elektrostrahler sein müssen, sei es für sie noch eine verträgliche Formulierung von dieser Ausnahme.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) sagt für seine Fraktion aus, dass man dieser befristeten Verlängerung natürlich zustimme. Es sei nicht für immer und es sei in dieser Situation auch dringend geboten. Man hoffe inständig, dass solche Behelfsmaßnahmen endlich nicht mehr erforderlich sein werden, falls die Coronapolitik endlich mal dort ansetze, wo sie ansetzen müsse und nicht an der falschen Stelle, wie so oft in der Landespolitik, dann hätte man vielleicht auch mehr Außengastronomie im Sommer gehabt. Man sei optimistisch und hier solle es an dieser Befristung wirklich nicht scheitern. Er wolle nicht so dramatisch vom letzten Strohalm sprechen oder vom letzten Hemd, aber es gehe in diese Richtung und von daher gesehen müsse man die Gewerbetreibenden unterstützen.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte eine kurze technische und persönliche Anmerkung machen, dass wenn man Elektrostrahler einsetze, es sich nicht um Energiesparmaßnahmen handle. Diese würden genauso Energie verschleudern und es seien keine Geräte mit geringer Leistung. Es seien Geräte mit hoher Leistung und deswegen müsse er sagen, nachdem so viel Unsinn geredet worden sei, stimme er auch dagegen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft zur Abstimmung auf. Ziffer eins streiche man gedanklich. Man stimme über Ziffer zwei und drei ab.

Ja-Stimmen:	13
Enthaltungen:	1
Nein-Stimmen:	2

Mehrheitlich zugestimmt.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Beleuchtung in der Unterführung „Auer Straße“ zwischen Bahnhofsvorplatz und Alter Karlsruher Straße, in der Verkehrsunterführung Hauptbahnstraße und in der Fußgänger- und Radunterführung unter der B10 – zwischen Durlacher Allee und Untermühlsiedlung

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7, Beleuchtung in der Unterführung „Auer Straße“ zwischen Bahnhofsvorplatz und Alter Karlsruher Straße, in der Verkehrsunterführung Hauptbahnstraße und in der Fußgänger- und Radunterführung unter der B10 – zwischen Durlacher Allee und Untermühlsiedlung**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 07.10.2021, auf.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, die Fraktion sei beeindruckt von der Antwort, auf diesen Antrag. Sie bedankt sich bei der Verwaltung. Sie habe sich mit viel Engagement auf den Weg und im Dunklen Fotos gemacht um festzustellen, dass es dunkle Ecken gebe. Auch für die Zusicherung, dass durch einen geschickten Baumschnitt oder durch das Aufstellen von Leuchtstelen hier schnell und unbürokratisch im Jahr 2022 Abhilfe geschaffen werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass es hier noch die Anmerkung gegeben habe, dass für den Austausch von LED-Leuchttechnologie die Investitionspauschale verwendet werden solle. Dafür habe man in der Investitionspauschale nichts, aber man habe es im Ältestenrat auch schon vorbesprochen. Es gebe für genau diesen Fall Mittel beim Tiefbauamt. Es gebe zum Austausch von energieeffizienteren Leuchtmittel auch den Klimaschutzfonds. Sie fragt, ob sie aus dem Gremium einstimmig mitnehmen könne, dass dies aus dem gesamtstädtischen Etat zu bringen sei, weil dort auch wirklich Haushaltsmittel und -titel für genau diese Dinge vorhanden seien.

OR Frey (Die Linke) bedankt sich für den Antrag. Es sei extrem wichtig, diese Angsträume abzuschaffen. Es müsse an diesen Stellen nicht etwas passieren, es reiche schon die Wirkung, wenn sich die Menschen nicht in diese Gegend trauen und eventuell das Haus nicht verlassen oder diese Örtlichkeiten meiden. Man spreche hier viel über die positive Aufenthaltsqualität in Durlach und dies gehöre ganz eindeutig dazu. Ihre Anmerkung sei noch eine rein technische. In der Stellungnahme zum Antrag stehe drin, dass der Ortschaftsrat den Vorschlägen des Fachbereichs Straßenbeleuchtung zustimme. Sie fragt, ob dies bedeute, dass man hier nochmal formal eine Abstimmung zu diesen Punkten mache und eine formale Zustimmung ausspreche. Dann würde sie nämlich vorschlagen, dass man dazu abstimme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dies sei eine gute Idee. Man stimme ganz formell über den Antrag ab, dann sei ein Beschluss da. Sie ruft zur Abstimmung auf.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 7: Beleuchtung in der Unterführung „Auer Straße“ zwischen Bahnhofsvorplatz und Alter Karlsruher Straße, in der Verkehrsunterführung Hauptbahnstraße und in der Fußgänger- und Radunterführung unter der B10 – zwischen Durlacher Allee und Untermühlsiedlung

Blatt 2

Ja-Stimmen: 16

Enthaltungen: 0

Nein-Stimmen: 0

Einstimmig zugestimmt.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Verbesserung der Beschilderung und verbesserte Ausgestaltung des Rad- und Fußweges „Rußweg“ zwischen Einmündung Maybachstraße und Übergang in den Langenbruchweg

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Verbesserung der Beschilderung und verbesserte Ausgestaltung des Rad- und Fußweges „Rußweg“ zwischen Einmündung Maybachstraße und Übergang in den Langenbruchweg**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 07.10.2021, auf.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die Antwort. Herr Köster habe darüber nachgedacht und sage, dass er noch nicht im Ortschaftsrat gewesen sei, als es schon um die Verlängerung des Fahrradweges nach Durlach gegangen sei. Man sei gespannt, ob man dies 2025 erlebe. Die Beleuchtung sei tatsächlich teuer. Dies sehe man auch. Man würde trotzdem darum bitten, ob es machbar sei, wenn die Maybachstraße saniert werde, ob man hier einmal mit dem Wagen durchfahren und eine Farbmarkierung auf diesem Weg auftragen könne.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt aus, dass dies auch die Unterstützung der FDP finde, dass der Radverkehr besser beleuchtet werde und dass man hier mehr Sicherheit auf diesem Weg hereinbringe. Er wolle anregen, ob man prüfen könne, ob es vielleicht andere Möglichkeiten der Beleuchtung gebe. Zum Beispiel Systeme mit Fotovoltaik, die sich tagsüber aufladen und dann mit einem Batteriespeicher versehen seien. Es sei im Endeffekt günstiger, als neue Strippen zu ziehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass Herr Wenzel heute nicht hier sein könne, aber hier habe Herr Wenzel schon einmal eine Idee eingebracht, die bisher von den Stadtwerken abgelehnt worden war. Sie könne von Herrn Wenzel berichten, dass es noch einmal Gespräche gegeben habe mit der Freien Wähler-Fraktion für Karlsruhe und der ersten Bürgermeisterin. Sie habe sich offen gezeigt, dass sie sich dem Thema nochmal annehme. Sobald es hier etwas gebe, habe dies Herr Wenzel auch für Durlach auf dem Schirm.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 9: Erweiterung der Ampelschaltung an der Kreuzung Durlacher Allee und
Weinweg um eine Fahrradampel auf der Südseite der Durlacher Allee**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9, Erweiterung der Ampelschaltung an der Kreuzung Durlacher Allee und Weinweg um eine Fahrradampel auf der Südseite der Durlacher Allee** Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 08.10.2021, auf.

Der Antrag habe eine gewisse Historie. Er sei es sehr lange nicht verstanden worden, obwohl er eigentlich sehr leicht zu verstehen sei. Man habe die letzten zwei Tage aber zumindest dafür gesorgt, dass das Tiefbauamt jetzt genau die Stelle kenne und die Stelle per Bilder anschauen und nun an einer möglichen Lösung gearbeitet werden könne. Die alte Stellungnahme könne man so nicht mehr belassen, hier solle der Radweg rechts um die Ampel herumgehen. An dieser Ampel könne man aber sehen, dass es links vorbeigehe und an dieser Ampel nach der Straßenverkehrsordnung der Fahrradfahrer tatsächlich stehen bleiben müsse, wenn die Ampel für die Autos auf Rot gehe. Sie fragt, ob es auch für Herr Ruf in Ordnung sei, dass man die erneute Antwort abwarte, denn das Problem scheine nun erkannt zu sein.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) freut sich, dass dies bearbeitet werde. Man sei schon seit Mitte 2020 an diesem Thema dran. An dieser Stelle habe er einen kleinen Appell. Es sei wirklich wünschenswert, wenn die Bedürfnisse des Fahrradverkehrs bei solchen Baumaßnahmen, wie sie an dieser T-Kreuzung stattgefunden haben, vielleicht von Anfang an mitgedacht werde, dass man im Idealfall bauliche Lösungen für die Bedürfnisse des Fahrradverkehrs findet und nicht am Ende noch Monate oder Jahre sich mit Signalanlagen beschäftigen müsse. Dies würde sehr schön sein, Zeit und Ressourcen sparen. Er freue sich, dass etwas passiere.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass er ihre volle Unterstützung habe. Sie werde hier auch selbst dranbleiben. Sie verstehe nicht, warum man auf der nördlichen Seite es schaffe, dass man hier rechts vorbeikomme und auf der südlichen Seite nicht. Hier müsse es eine bauliche Möglichkeit geben, die man gegebenenfalls machen könne oder müsse, weil wenn man hier Fahrrad fahre und man müsse dort stehen bleiben, dann würde man sich komisch vorkommen, wenn direkt zehn Zentimeter neben dran ein Fußgänger weiterlaufen dürfe.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass es eine unglückliche Situation sei. Es sei auch einer der Gründe des Antrags gewesen, dass man gesagt habe, wenn man hier eine Fahrradampel hinhänge, könne man die Akzeptanz für ein Halten an dieser Linie erhöhen, was durchaus seine Berechtigung habe, wenn der Fußverkehr dort queren möchte. Denn dann fühle sich der Fahrradfahrer angesprochen. Die Beobachtung aktuell sei so, dass die Mehrheit der Fahrradfahrer teilweise rechts um den Pfosten herum über

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 9: Erweiterung der Ampelschaltung an der Kreuzung Durlacher Allee und
Weinweg um eine Fahrradampel auf der Südseite der Durlacher Allee**

Blatt 2

den Fußgängerweg und der andere Teil fahre links über die Haltelinie drüber. Beides sei nicht im Sinne des Erfinders an dieser Stelle und gefährde eventuell andere Verkehrsteilnehmer. Dies könne man deutlich besser machen. Die nördliche Durlacher Allee sei nicht eins zu eins vergleichbar, weil es eine T-Kreuzung sei. Dies sei auch keine gute Situation, weil hier auch ein Pfosten mitten auf dem Weg stehe und dieser nach rechts in den ehemaligen Weinweg abbiegende Radverkehr werde irgendwie dort herumgeführt. Dieser könne dort fahren und müsse nirgends halten. Die Fahrradfahrer, die geradeaus nach Westen in die Stadt fahren wollen, würden zwei Haltphasen haben, wenn es schlecht laufe. Wenn es gut laufe, komme man in einer Grünphase darüber. Aber es sei weit weg von ideal. Es sei auch keinem zu vermitteln, wenn ein geradeaus fahrender Fahrradfahrer zweimal haltepflichtig sei und ein geradeaus fahrendes Fahrzeug sei einmal haltepflichtig. Dies sei nicht mehr vermittelbar und dennoch habe man es so umgesetzt. Sicherlich könne man auch noch an anderer Stelle diese Kreuzung verbessern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, man werde sich zunächst um die erste Ampel kümmern.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 10: Schutz bei Hochwasser und Starkregen in Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass **TOP 10, Schutz bei Hochwasser und Starkregen in Durlach**, Antrag der SPD-OR-Fraktion vom 27.10.2021, abgesetzt wurde.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 11: Bauantrag einer Einfeld-Sporthalle an der Oberwaldschule in
Durlach-Aue**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 11, Bauantrag einer Einfeld-Sporthalle an der Oberwaldschule in Durlach-Aue**, Antrag der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 04.11.2021, auf.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) hat weitere Nachfragen auf die Antwort gestellt und an Herrn Hoffmann weitergeleitet. Eine erneute Antwort habe sie noch nicht bekommen. Die Antwort werfe Fragen auf. Es möge sein, dass an der Oberwaldschule dreizügig geplant sei, dass dort für einen dreizügigen Schülerbedarf eine Einfeld-Sporthalle ausreichend sei. Was hier fehle, sei die Beachtung, ob man hier durch in der Nähe liegenden Vereine, Kitas, Kinder und Jugendliche Bedarf an einer Halle habe. Wenn man die DIN-Norm anschau, dann könne man herauslesen, wie groß eine Einfeld-Sporthalle sein müsse und wie groß eine Zweifeld-Sporthalle sein müsse. Diese würden sich in den Ausmaßen nicht so dramatisch in der Höhe unterscheiden. Mit einer geschickten Fassadengestaltung sei es vor Ort durchaus vorstellbar, dort eine größere Halle hinzustellen. Deshalb nochmals die Anfrage, wie hoch die Bedarfszahlen real seien, also nicht nur die Schule, sondern andere Anbietende hinzu. Das gesamte auch im Hinblick darauf, dass man in der Hub eine zweite Halle baue, die abseitig liege, während die Oberwaldschule ausgesprochen zentral liege und wenn man noch über Flächeneinsparungspotenzial in der Hub nachdenke, müsse man auch hier in Durlach alle Möglichkeiten nutzen. Möglicherweise könne man Hallenbedarfe innerorts verkehrsgünstiger und geschickter lösen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass die Fragen, welche sie geschickt habe, auch schon schriftlich beantwortet vorliegen würden und man weiterleiten werde. Sie glaube, hier werde einiges erklärt. Es könne nochmal ein Punkt im Gremium werden. Man solle in aller Ruhe die Antworten besprechen. Sie werde die Antworten an alle versenden. Die Kernaussage sei, dass wenn man eine Schulsporthalle baue, sich diese zunächst am Bedarf der Schule orientiere. Alles Weitere stehe drin. Es werde vermutlich einer politischen Entscheidung bzw. Anregung bedürfen. Zum Beispiel, dass das Gremium sage, weil man Hallenmangel habe, sei hier ein Standort für eine größere Halle über den Schulbedarf hinaus möglich. Dies sei dann ein politischer Antrag und eine politische Entscheidung. Die städtische Planung gelte zunächst als Schulsporthalle.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 12: Brunnen an der Turmbergbahn

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 12, Brunnen an der Turmbergbahn**, Anfrage der CDU-OR-Fraktion vom 18.08.2021, auf.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) dankt der CDU für diese Anfrage. Schon zwei- oder dreimal habe man um diesen Brunnen gekämpft, dass er nicht irgendwo verschwinde in einem stillen Vorgarten. Erst sei er an der Talstation gewesen, dann sei die Talstation renoviert worden und dann sei er an die Seite gekommen. Dies sei ein Problem gewesen, bis wieder das Wasser floss. Man werde dies aber im Auge behalten und er danke der CDU, dass eben dieser Brunnen tatsächlich wieder irgendwo aufgebaut werde.

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 13: Anzahl und Auslastung von Parkflächen auf Durlacher Parkplätzen und
in Tiefgaragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 13, Anzahl und Auslastung von Parkflächen auf Durlacher Parkplätzen und in Tiefgaragen**, Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN vom 08.10.2021, auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) versteht dies so, dass die ganzen Daten und Informationen noch nicht vorliegen würden. Was er verstehen möchte, aber nicht explizit drinstehe sei, dass diese dem Gremium vorgelegt werden, sobald sie vorhanden seien. Zur Motivation dieser Anfrage sei es sinnvoll, wenn diese ganzen Zahlen, Daten und Fakten allen Fraktion zur Vorbereitung vorab vorliegen würden. Also nicht erst, wenn man die nächsten Informationen zur Fortschreibung des Verkehrskonzeptes hier im Ortschaftsrat oder einer Ausschusssitzung erhalte, sondern wirklich vorab, dass mit diesen Informationen vorab gearbeitet werden könne. Dies sei der Hintergrund und er wünsche sich, dass dies so erfüllt werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass sie die Anfrage noch nicht ganz verstanden habe, weil man sich mit Dingen beschäftige, die man im Gremium minuziös geplant habe. Man habe einen Ablaufplan vereinbart, wann die Daten erhoben werden, die Zeiträume, wann die Daten ausgewertet werde, wann man mit den Stakeholdern und mit dem Stadtamt in Diskussion gehe und deshalb solle man sich gemeinsam in den Prozess begeben. Wenn jetzt jeder aus dem Prozess heraus wieder Anträge und Anfragen stelle, dann werde man nicht fertig. Wie sie wisse, seien Daten schon erhoben, aber noch nicht ausgewertet.

OR Frey (Die Linke) geht davon aus, dass man in der nächsten Ortschaftsratssitzung diese Informationen bekomme, wenn diese in diesem Augenblick erhoben werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man gemeinsam einen Ablauf bis Juli vereinbart habe. Sie könne es gerne nochmal herumschicken, wie man sich um die Verkehrssituation in Durlach kümmere.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, dass in der Antwort stehe, dass die Daten im Augenblick erhoben werden. Sie verstehe nicht, warum eine Antwort auf eine Anfrage im Ortschaftsrat behandelt, besprochen und auf die Tagesordnung komme, wenn in der Antwort nur drinstehe, dass es keine Antwort gebe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, man bespreche es nicht. Es sei eine Anfrage und dazu gebe es eine Antwort. Dann müsse es auf die Tagesordnung und dann könne man zu einer Anfrage Zusatzfragen stellen.

OR Frey (Die Linke) sagt aus, sie wolle dann eine Zusatzanfrage stellen und zwar zur

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 13: Anzahl und Auslastung von Parkflächen auf Durlacher Parkplätzen und
in Tiefgaragen**

Blatt 2

Pfinzstraße, der ehemaligen Volksbank. Hier habe es ein Parkhaus gegeben. Dies sei öffentlich nicht so deutlich sichtbar, sei aber auf verschiedenen Websites als solches zu erkennen. Sie fragt, ob dieses Parkhaus noch in Betrieb sei und ob es öffentlich zugänglich sei. Dies sei die Zusatzfrage zu dieser Anfrage.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies nicht öffentlich zugänglich sei und zum dortigen Wohnbau gehöre.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) würde sich gerne dazu erklären. Die Anfrage habe nicht zwangsläufig etwas mit dem Verkehrskonzept zu tun. Im Verkehrskonzept werde der rollende Verkehr behandelt. Hier gehe es nur um den ruhenden Verkehr. Dies sei der eine Punkt. Er habe sich eigentlich über die Stellungnahme geärgert, da sie am Kern vorbeigehe. Was aktuell erhoben werde sei, wie der Parkraum ausgelastet sei. Einen Großteil der Anfrage sei aber auch, wie viel Parkraum vorhanden sei. Und dies seien Infos, die vorliegen und diese könne man an dieser Stelle auch herausgeben.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) versteht dies, aber man müsse auch den Menschen, mit denen man Abläufe vereinbare, die Chance geben, dass man sie nicht in jeder Sitzung mit zusätzlich Anträgen und Anfragen kontaktiere, sondern man sich an die Abläufe halte. Das Anliegen habe sie jetzt verstanden, dass es davon unabhängig sei. Sie glaube, dass das Verkehrskonzept aber nicht nur um den fließenden Verkehr gehe. Man wolle sich auch um den ruhenden Verkehr kümmern. Sie sehe viel nicken im Gremium. Es gehe schon um einen ganzheitlichen Ansatz für die Verkehrssituation in Durlach.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 14: Bahnprojekt Mannheim – Karlsruhe

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 14, Bahnprojekt Mannheim – Karlsruhe**, Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion vom 29.10.2021, auf. Hier könne sie zusätzlich mitteilen, dass sie dies gerne in der Januar-Sitzung als eigenen Tagesordnungspunkt zur Vorstellung bringen wolle.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 15: Hochwasserschutz Durlach und Aue

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 15, Hochwasserschutz Durlach und Aue**, Anfrage der B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, auf.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass er versucht habe, in sehr einfacher Sprache, einfache Fragen zu formulieren und habe auf einfache Antworten gehofft. Er denke, die Fragestellungen seien nicht komplett beantwortet. Er werde es vielleicht im Nachgang nochmal präzisieren.

Man habe zu dem Thema schonmal eine Anfrage gestellt. Damals seien Zahlen genannt worden, zum Beispiel wie viel Wasser bei einem Starkregenereignis in das Rückhaltebecken pro Sekunde fließe. Dies sei damals mit 6,5 Kubikmeter pro Sekunde angegeben worden. Jetzt habe man nachgefragt, was dies bedeute, wenn dieses Starkregenereignis zweimal oder dreimal so stark ausfalle, wie das Jahrhunderthochwasser dieses Jahr in Deutschland. Diese Frage sei nicht beantwortet. Er vermute, hier seien in der Stellungnahme auch Fehler bei den physikalischen Einheiten. Hier werde gesprungen von Liter pro Quadratmeter auf Liter pro Sekunde. Er vermute, die zwei Zahlen in der zweiten Antwort müssen Liter pro Quadratmeter heißen. Dann mache es Sinn. Er denke, dass auch die Fragestellung mit den zusätzlichen Regenmengen, die aus den Seitenbereichen in die Rittnertstraße einfließen können, nicht qualitativ beantwortet sei. Es sei so, dass so ein Regenrückhaltebecken den Sinn habe, vollzulaufen und zu verhindern, dass alles Wasser, welches in einem Gebiet falle, auf einmal in die Kanalisation ablaufe, aber man müsse auch damit rechnen, wenn das Rückhaltebecken volllaufe, dass der Abfluss komplett benutzt werde, also der komplette Rohrquerschnitt. Und hier sei die Frage, was in ein volles Abwasserrohr in den tieferen Bereichen noch hinzukomme. Das Regenwasser müsse irgendwie in die Rittnertstraße abfließen. Es fließe nicht den Turmberg hoch. Dies komme auch herunter in die Rittnertstraße. Hierauf sei nicht eingegangen worden. Hier bitte man um Präzisierung und dass die einfachen Fragen mit einfacher Sprache konkret und mit Zahlen beantwortet werden. Dies sei nicht gelungen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass man dies weitergeben werde.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 16: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) teilt zu **TOP 16, Mitteilungen des Stadtamtes** mit, dass es keine gebe.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 17: Mündliche Fragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 17, Mündliche Fragen**, auf.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) sagt aus, dass an der Ellmendinger Straße am ehemaligen Rewe, wo heute ein Getränkemarkt sei, seitlich davon, eventuell Privatgrund, neun oder zehn abgestellte Wagen stehen würden, die verrotten würden. Sie seien ursprünglich zum Verkauf angeboten. Die eingelegten Schilder seien nicht mehr zu lesen, die Autos würden die Luft verlieren. Sie wolle sich nicht vorstellen, ob die Ölwannen noch dicht seien. Sie fragt, was mit den Wagen passiere. Sie würden direkt am Gehweg stehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fragt, ob es Privatgelände sei.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) antwortet, dort sei der Rewe-Markt und dann sehe man die Markierungen. Es könne Privatgelände sein, sie wisse es nicht genau.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, man schaue es sich an.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) möchte darauf hinweisen, dass es einen interfraktionellen Antrag der CDU und FDP gebe, zur Einrichtung eines Impfstützpunktes für die Covid-Impfung in Durlach. Diesen habe man Ende November gestellt und habe es heute nicht mehr auf die Tagesordnung geschafft. Damit die Verwaltung aber schonmal anfangen zu arbeiten, habe er beschlossen, dies als mündliche Frage vorzutragen. Hintergrund der Sache sei, dass man Infrastruktur brauche. Man könne nicht nur darauf setzen, dass durch private Impfaktionen von Apothekern und Ärzten dies abgedeckt werde. Man brauche einen fixen Impfstützpunkt in Durlach. Wenn man dies vergleiche, man sage immer Durlach sei das drittgrößte Mittelzentrum des Landkreises, Bruchsal habe in der Gewerbeschule einen solchen Stützpunkt. So etwas brauche man auch für Durlach. Er fragt, wann es soweit sei und wann die Verwaltung mit der Einrichtung eines Impfstützpunktes für Durlach soweit sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, wie man der Presse entnehmen könne, solle ein Impfstützpunkt im Kammertheater sein, im ECE, im Durlach-Center bzw. in der Nähe. Für Durlach selbst sei keiner vorgesehen. Man nehme den Antrag sicher auch zum Anlass, für Durlach um einen zu bitten. Sie gebe ihm hier recht, eigentlich sei an dieser zentralen Stelle, z.B. an der Karlsburg der richtige Ort, weil im Unterschied zu einem Durlach-Center, hier alle Straßenbahnen und Buslinien zusammenkommen würden. Aus den Bergdörfern, aus dem Pfinztal und aus Weingarten. Wenn man es mit der Mobilitätswende ernst nehme und den ÖPNV fordere, wäre dies eine gute Sache. Die Durlacher und Aumer würden das Stadtamt anschreiben, anrufen und händelnd nach Terminen suchen. Man werde gebeten, Impfstützpunkte und ähnliches einzurichten. Sie würden sich für jede Impfaktion bedanken, die man organisiere. Dies gehe

**12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 17: Mündliche Fragen**

Blatt 2

aber nur mit privatem Engagement, so wie man es mache. Sie denke auch an ältere Menschen, die nicht mehr so mobil seien, um nach Karlsruhe ins Kammertheater zu fahren oder mit dem Auto ans Durlach-Center. Sie persönlich und das Stadtamt würde es sofort begrüßen und sofort unterstützen, mit allem, was man habe. Vermutlich werde man aber hören müssen, dass hier nur bestimmte Kapazitäten vorhanden seien.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) begrüßt die Anwesenden. Er werde immer zum Stellen und Bauen von Pools auf Durlacher Gemarkung gefragt. Einerseits sei es ökologisch ziemlich sinnfrei, andererseits sei es Privateigentum. Er fragt, ob bekannt sei, wie viele Pools in der letzten Zeit in Durlach entstanden seien und wie die Relevanz sei, bzw. der Wasserverbrauch steige. Denn ein Pool sei eine bebaute Fläche. Wo ein Pool sei, gebe es auch das Problem, das es laut sei durch die Anwohner. Man habe einen Streitfall, nicht weit von der Ellmendinger Straße, wo sich die Nachbarschaft massiv beschwere, denn hier würde man bis nachts planschen. Er trage dies aus mehreren Bürgermündern weiter.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt aus, dass es viele Pools in Durlach gebe und in Pandemiezeiten seien vielleicht noch mehr entstanden. Ob man darüber eine Zahl habe, könne sie nicht sagen, sie frage nach.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) möchte wegen dem Brunnen sagen, dass man damals 2004 eine Vereinbarung gehabt habe, die genehmigt wurde. Die Instandsetzungskosten habe man damals mit IP-Mittel bezahlt, aber die laufenden Unterhaltskosten seien von den Stadtwerken getragen worden. Sie fragt, ob man davon ausgehen könne, dass dies dann auch wieder so sein werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man davon ausgehe.

12. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 8. Dezember 2021,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 17: Mündliche Fragen

Blatt 3

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie bedankt sich für die Sitzung, wünscht allem frohe Weihnachten und schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Dr. Wagner
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Matthias Hoffmann
(StaDu)